

SEPTEMBER 2006

Außenpolitik wird in Zeiten der Globalisierung zunehmend zur Innenpolitik und geht deshalb jeden einzelnen Bürger etwas an! Diese Erkenntnis ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit, denn wir haben immer noch keine außenpolitische Kultur, die mit der in den USA, Großbritannien oder Frankreich vergleichbar wäre. Eine *Strategic Community*, die sich aus den unterschiedlichen Teilbereichen der Gesellschaft zusammensetzt und in Fragen der internationalen Politik sprechfähig ist, muss bei uns erst entwickelt werden. Dazu möchte die gemeinnützige Atlantische Initiative einen Beitrag leisten. Die *Global Must Reads* fassen wichtige Studien und Analysen vor allem aus amerikanischen und europäischen Think Tanks sowie internationalen Zeitschriften auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals

www.global-agenda.org

- ▶ **Doing Business 2007: Osteuropa Top-Reformer der Regionen** Seite 1
- ▶ **US-Geheimdienstbericht mit großen Lücken** Seite 2
- ▶ **Negative Irak-Berichterstattung: US-Medien trifft keine Schuld**
- ▶ **Kein Geld für Anti-Terror-Krieg?** Seite 3
- ▶ **Transatlantic Trends 2006: NATO verliert Zustimmung in Europa**
- ▶ **Energiereichtum: Russland entdeckt Soft Power** Seite 4
- ▶ **Palmöl – Energieressource mit Risiken und Nebenwirkungen** Seite 5

Doing Business 2007: Osteuropa Top-Reformer der Regionen

Michael Klein (Gen. Dir.), Doing Business 2007: How to Reform, *Weltbank*, September 2006

Einmal im Jahr veröffentlicht die Weltbank ihren Doing Business Report – eine vergleichende Studie der aktuellen Wirtschaftsreformen in 175 Ländern. *Doing Business* untersucht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern und den Erfolg der jüngsten Reformen. Die Analyse erfasst die Regulierungsstrukturen in 10 Bereichen mit großem Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung: Unternehmensgründung, Genehmigungsverfahren, Beschäftigung von Mitarbeitern, Eigentumsrecht, Kreditvergabe, Investorenschutz, Steuersystem, Außenhandel, Vertragsrecht und Unternehmensschließung.

Die geschäftsfreundlichsten Bedingungen herrschen dem Bericht zufolge in Singapur, gefolgt von Neuseeland und den USA. China (Platz 93) ist erstmalig unter den ersten 100 und Deutschland liegt wie schon im Vorjahr auf Platz 21. Länder wie Georgien (von 112 auf 37), Serbien (von 95 auf 68) oder Mexiko (von 62 auf 43) haben in der Gesamtbewertung riesige Sprünge gemacht und gezeigt, welche Fortschritte möglich sind, wenn der Reformeifer anhält.

Georgien verbesserte sich in 6 der 10 genannten Bereiche und ist damit alleiniger Top-Reformer unter den 175 Ländern. Die registrierten Unternehmensgründungen in Georgien stiegen zwischen 2005 und 2006 um 20%, vor allem, weil das Mindestkapital für Unternehmensgründungen von 2000 auf 200 Lari (85 Dollar) gesenkt wurde, und die von Unternehmen gezahlten Sozialbeiträge von 31% auf 20% fielen.

Osteuropa ist der beste Reformer unter den Regionen. Das Ziel, die EU-Beitrittskriterien zu erfüllen, hat in Rumänien (Platz 2 unter den Osteuropäern) und Kroatien (Platz 7) zahlreiche Reformen angestoßen und die beiden EU-Kandidaten unter die Top 10 gebracht. Bulgarien und Lettland gehören zu den so genannten „Runner-Up Reformers“ (Platz 11 bis 15).

Der Reformeifer der Regierungen wird nicht zuletzt durch das Doing Business Projekt selbst angeheizt. Allerdings enthalten die bisherigen Gesamtbewertungen noch nicht alle relevanten Indikatoren. Nicht erfasst werden etwa die Nähe zu großen Absatzmärkten, die Qualität der Infrastruktur, Eigentumsschutz vor Diebstahl oder Plünderung, makroökonomische Bedingungen oder die Stabilität und Zuverlässigkeit öffentlicher Institutionen. Aber auch hier wird bereits reformiert: Der nächste Doing Business Report wird zumindest einige dieser Aspekte berücksichtigen. [Mehr...](#)

US-Geheimdienstbericht mit großen Lücken

Trends in Global Terrorism: Implications for the United States, *National Intelligence Estimate*, April 2006, in Teilen veröffentlicht am 26.09.2006

Gut einen Monat vor den US-Kongresswahlen sorgt eine vertrauliche Analyse in den USA für öffentlichen Wirbel. Nachdem zunächst die New York Times und später andere Zeitungen Auszüge aus dem bereits im April verabschiedeten National Intelligence Estimate (NIE) veröffentlichten, gab Präsident Bush nun Teile des Dokuments frei – der öffentliche Druck ließ ihm keine Wahl.

Dem Bericht von 16 US-Geheimdienstbehörden zufolge hat der Irak-Krieg die Vorbehalte gegenüber den USA in der islamischen Welt vertieft. Sowohl die Zahl als auch die geographische Ausbreitung der Dschihadisten habe zugenommen. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, werde dies weltweit zu mehr Terroranschlägen führen. Der Irak-Krieg wird als die „cause celebre“ für die Dschihadisten gesehen, die tiefe Wut gegen das Engagement der Amerikaner in der muslimischen Welt verspürten.

Für die Demokraten kommt der Bericht wie gerufen. Aus ihrer Sicht hat der Irakkrieg den Terrorismus erst gefördert und die Sicherheit der USA noch weiter beeinträchtigt. Die Republikaner wiederum verteidigen sich mit einer Passage, in der von einem Vorzeige-Effekt gesprochen wird: „Sollten die Dschihadisten, die den Irak verlassen, sich als Verlierer sehen und von anderen so gesehen werden, glauben wir, dass weniger Kämpfer den Kampf fortsetzen.“ Außerdem stelle der Report fest, dass die Führung von Al Qaida schwer beschädigt worden sei.

Namhafte Experten vermissen vor allem ein Wort in dem Bericht: Afghanistan. [Jonathan Landay](#) etwa sieht Afghanistan zu einem neuen Irak heranwachsen. Fünf Jahre nach ihrer Vertreibung sind die Taliban wieder da – mit neuer Führungsgeneration. Heute sind Gewalt, Drogenschmuggel, ethnische Spannungen, Korruption und Anarchie schlimmer als je zuvor seit der US-Invasion im Jahre 2001. Weil die Bush-Regierung die Führung der Taliban und Osama bin Laden nicht an der Flucht nach Pakistan hindern konnte und anschließend Truppen und Ressourcen in den Irak verlegte, ermöglichte sie den Taliban, sich wieder zu sammeln. Die Leidtragenden dieses strategischen Fehlers sind die Menschen in Afghanistan. Der Anstieg an Gewalt dort erinnert stark an die Verhältnisse im Irak – inzwischen wird schon von einer „Irakisierung“ des afghanischen Aufstands gesprochen. [Mehr...](#)

Negative Irak-Berichterstattung: US-Medien trifft keine Schuld

Michael O'Hanlon und Nina Kamp, Is the Media being fair in Iraq? *The Washington Quarterly*, Herbst 2006

Die Berichterstattung aus dem Irak war Präsident Bush und seiner Regierung schon immer ein Dorn im Auge. Besonders Verteidigungsminister Rumsfeld und Vizepräsident Cheney beschwerten sich regelmäßig, die US-Medien stellten die Gewalt zu sehr in den Vordergrund und zeichneten ein überzogen negatives Bild von der Situation. Am Ende – so der scharfe Tenor der Medienkritiker in den USA – könnte dies die Amerikaner den Erfolg im Irak kosten.

Eine Brookings-Studie zeigt nun: Zwar überwiegt in der Tat eine negative Berichterstattung (auf einen positiven Artikel im untersuchten Zeitraum kommen etwa 2,5 negative Meldungen), doch diese spiegelt hauptsächlich die reale Entwicklung im Irak wider. Mit anderen Worten: Es gibt keine systematisch verzerrte Darstellung der Verhältnisse im Irak durch die US-Medien. Bei der Analyse wurde eine Auswahl von Zeitungen und TV-Sendern aus dem gesamten politischen Spektrum während der Monate Januar, April und Mai seit 2003 untersucht (New York Times, Wall Street Journal, Washington Post, NBC, ABC News, Fox News). Die Überschriften sämtlicher

Beiträge zum Irak-Krieg wurden dabei jeweils als positiv, neutral oder negativ eingestuft. Wesentlich negativer noch als die Printmedien berichteten die Fernsehsender ABC News und NBC. Nur der konservative Sender Fox News zeichnete sich durch überwiegend „neutrale“ Berichte aus. Die auffallend negative Berichterstattung im Fernsehen ist darauf zurückzuführen, dass dieses Medium über Bilder an das Publikum herantritt. Gewaltszenen funktionieren hier am besten als Aufhänger und Publikumsmagnet.

Die wichtigste Erkenntnis der Studie: das Verhältnis zwischen positiven und negativen Nachrichten variiert deutlich stärker von Monat zu Monat als zwischen den einzelnen Medien. Die Berichterstattung scheint sich mehr nach den tatsächlichen Ereignissen vor Ort zu richten und weniger nach den politischen Interessen der Redakteure. Die scharfe Kritik an den US-Medien ist deshalb unberechtigt. Und selbst wenn einige Medien negative Aspekte überbetonen, so weicht die Berichterstattung insgesamt nicht wesentlich von der realen Entwicklung ab. Der Irak ist nach wie vor eine Zone der kriegerischen Auseinandersetzungen, in der wirklicher Fortschritt nur schwer zu fassen ist. Wenn Journalisten zur Übertreibung neigen, dann nicht, weil sie gegen die Interessen der US-Regierung arbeiten, sondern weil sie sich in einem harten Konkurrenzkampf befinden, in dem es nicht zuletzt um die reißerischste Headline geht. [Mehr...](#)

Kein Geld für Anti-Terror-Krieg?

Fred Kaplan, How Bush Wrecked the Army, *Slate*, 25.09.2006

Etwa 447 Mrd. Dollar beträgt das US-Verteidigungsbudget für 2007. Doch die Unzufriedenheit des US-Militärs wächst. General Schoomaker, Stabschef der US-Army, weigerte sich vor kurzem, Verteidigungsminister Rumsfeld einen detaillierten Budgetplan der Army für 2008 vorzulegen. Begründung: Mit der aktuellen finanziellen Ausstattung seien die globalen Einsätze der Army nicht fortzuführen.

Der Aufstand richtet sich diesmal nicht, wie beim Protest von sechs Generälen a.D. im letzten Frühjahr, gegen den Krieg im Irak. Er zielt vielmehr auf eine der Konsequenzen des Krieges: die Bedrohung der Funktionsfähigkeit der US-Army. Verteidigungsminister Rumsfeld hat das Budget der Army für 2008 auf 114 Mrd. Dollar begrenzt. Dies reicht laut Schoomaker nicht aus, die derzeitigen Verpflichtungen aufrecht zu erhalten. Allein für die Reparatur von Panzern, Funkgeräten und anderem Equipment, das in Afghanistan und im Irak beschädigt wurde, fordert er mindestens 17 Mrd. Dollar zusätzlich. Im Red River Army Depot in Texas warten fast 1500 Militärfahrzeuge auf Reparaturen, während die fünf größten Reparaturwerkstätten mit einer Kapazität von teilweise unter 50% arbeiten – es fehlt an Geld.

Doch nicht nur die Werkstätten sind überlastet. Wegen des Engagements der US-Armee in Afghanistan und im Irak fehlt es an Soldaten, sollte irgendwo auf der Welt ein neuer Krisenherd entstehen. Inzwischen hat die Army das Höchstalter der Rekruten auf 41 Jahre angehoben und die Standards gesenkt. So hat sich der Anteil von Soldaten mit disziplinarischen oder physischen Mängeln, die weiterhin in der Army geduldet werden, von etwa 10% im Jahre 2002 auf heute über 15% erhöht. Dies ist einer der Gründe, warum zahlreiche Offiziere fürchten, dass der Irak-Krieg die Army gleichermaßen „von innen“ zerstört.

Die Krise der Army bedroht die gesamte Struktur der Verteidigungsausgaben. Bisher bekamen Army, Air Force und Navy in etwa gleich große Teile aus dem Militäretat – Rivalitäten wurden so vermieden. Doch die Army leistet zur Zeit den größten Teil der Arbeit, verliert die meisten Soldaten und hat den größten Anteil von beschädigtem Material zu verzeichnen. Sollte Schoomaker sich durchsetzen, würde dies einen deutlich höheren Budget-Anteil für die Army bedeuten – und der Kampf hinter den Kulissen würde beginnen. Präsident und Kongress stehen vor einer schwierigen Entscheidung: Sie können der Army deutlich mehr Geld bewilligen oder die Einsätze reduzieren. Die Beibehaltung des Status quo – die Fortführung des bisherigen Kurses mit unzureichenden Ressourcen – könnte zur Katastrophe führen. [Mehr...](#)

Transatlantic Trends 2006: NATO verliert Zustimmung in Europa

Transatlantic Trends 2006, *German Marshall Fund of the United States*, September 2006

Die transatlantischen Beziehungen finden nach ihrer großen Krise langsam wieder zu alter Form zurück. Grund dafür sind die offiziellen Bemühungen um eine Wiederannäherung, wobei der Schwerpunkt der transatlantischen Agenda auf die Zusammenarbeit bei den neuen globalen Herausforderungen verlagert wurde. Dies

zeigt die aktuelle Ausgabe der jährlichen Umfrage *Transatlantic Trends*, durchgeführt in 12 europäischen Staaten und den USA. Bei zahlreichen Themen bleiben Amerikaner und Europäer allerdings unterschiedlicher Meinung.

Dazu gehört die NATO: Während die Zustimmung zur NATO zwischen 2002 und 2006 in den USA von 56% auf 61% stieg, erlitt das Bündnis in Europa einen Bedeutungsverlust von 69% auf 55%. Besonders stark fiel die Zustimmung in Ländern, die zu den traditionellen NATO-Befürwortern zählen: In Deutschland (von 74% auf 56%), Italien (von 68% auf 52%), Polen (von 68% auf 48%) und der Türkei (von 53% im Jahre 2004 auf 44%) wird die NATO immer weniger als wichtiges Instrument für die Sicherheit des Landes wahrgenommen.

Auch die Rolle Chinas wird sehr unterschiedlich bewertet. So betrachten 38% der amerikanischen Bevölkerung das aufstrebende China als „sehr ernst zu nehmende“ Bedrohung, in Europa sind es dagegen nur 27%. Während die US-Bürger in China eher eine militärische Bedrohung sehen, sorgen sich die Europäer über die wachsende chinesische Wirtschaft. Interessant auch, dass die Europäer deutlich unterscheiden zwischen Präsident Bush und den USA: Während die Zustimmung zur Außenpolitik der Bush-Regierung bei nur 18% liegt, halten 37% der befragten Europäer eine globale Führungsrolle der USA für wünschenswert.

Weitgehend Einigkeit herrscht über die derzeitigen internationalen Bedrohungen und zukünftige Herausforderungen. Die Furcht vor islamischem Fundamentalismus und vor Terrorismus ist im vergangenen Jahr auf beiden Seiten des Atlantik gewachsen. Europäer und Amerikaner sind sich einig, dass die Bemühungen fortgesetzt werden müssen, den Iran am Erwerb von Atomwaffen zu hindern. 56% der Befragten auf beiden Seiten glauben nicht, dass der Islam mit Demokratie vereinbar sei, auch wenn eine Mehrheit der Ansicht ist, dass das Problem von bestimmten islamischen Gruppierungen ausgeht und nicht im Islam an sich begründet liegt. [Mehr...](#)

Energiereichtum: Russland entdeckt Soft Power

Fiona Hill, *Moscow Discovers Soft Power*, *Current History*, Oktober 2006

Russland hat den Wendepunkt von einer militärischen zu einer neuen energiepolitischen Supermacht vollzogen. Der Energiereichtum verschafft dem Land die Möglichkeit, seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluss auszubauen. Lange Zeit verhinderten wachsende militärische Ressourcen den Aufstieg von Soft Power in Russland. Doch Beobachter sehen den Staat auf einem guten Weg, den Status der ehemaligen Sowjetunion wieder zu erreichen, nur diesmal als Soft Power.

Den Tiefpunkt der jüngeren russischen Geschichte markiert das Jahr 1998, als der Rubel kollabierte und eine Finanzkrise hervorrief. Schon in den Jahren zuvor hatte das Land seine dominierende Stellung in den ehemaligen Sowjetstaaten verloren. Doch seitdem ist Russland eine Erfolgsgeschichte: Angefacht durch den Ölpreis verzeichnete Russland in der Folgezeit durchschnittliche jährliche Wachstumsraten von 6 bis 7%. Das Land profitierte von internationalen Zweifeln über die Energiesicherheit, die Instabilität im Mittleren Osten und den dramatisch ansteigenden Ölpreis. Heute hat das Land wieder die Bedeutung in den globalen Energiemärkten, die es schon in den siebziger und achtziger Jahren hatte, als die Sowjetunion und nicht Saudia Arabien der herausragende Ölproduzent war. Präsident Putin gelang es, die Auslandsschulden nach und nach zurückzuzahlen und Moskau damit unabhängig von Geldzuwendungen des IWF, der USA und anderer Staaten zu machen. Mit der Investition von russischem Kapital, dem Export russischer Produkte und der Marktöffnung wurde Russland wieder zu einem Anziehungspunkt der Region. Die Millionen Gastarbeiter aus Zentralasien zeigen: Geschäfte mit und in Russland lohnen sich wieder.

Der Energiereichtum bildet auch die Basis für Russlands Zukunft. Das Land könnte dank seines wirtschaftlichen Wachstums und dem neuen Soft Power-Potentials wieder die dominierende Macht in seiner unmittelbaren Nachbarschaft werden. Doch die Spannungen zwischen Soft und Hard Power-Vertretern bleiben akut. Die Hardliner verfügen über große Teile der Hard Power-Ressourcen und fordern statt wirtschaftlicher Kooperation einen klaren russischen Führungsanspruch in der Region. Diese Gefahr muss auch Russlands Partnern bewusst sein. Sie sollten Moskau dabei unterstützen, den Energiesektor auszubauen und die Gewinne daraus ökonomisch zu nutzen. Denn Veränderungen in Russland betreffen nicht nur eine breite Region in Eurasien, sondern auch die primären Konsumenten von russischer Energie in Europa und Asien. [Mehr...](#)

Palmöl – Energieressource mit Risiken und Nebenwirkungen

Carmen Gentile, SE Asia looks to palm oil for energy answers, *International Relations and Security Network (ISN)*, 29.09.06

In Malaysia und Indonesien wächst derzeit das Interesse an der Herstellung von Palmöl besonders stark. Malaysia erhöhte seine Produktion von 11,8 Mio. Tonnen (2001) auf voraussichtlich 15,9 Mio. Tonnen in diesem Jahr. Indonesien rechnet sogar mit einem Produktionszuwachs von 9,2 Mio. Tonnen auf 16,3 Mio. Tonnen im selben Zeitraum. Verantwortlich dafür ist vor allem die Nahrungsmittelindustrie, die in den letzten Jahren einen Zuwachs von 25% verzeichnete. Palmöl wird traditionell für Nahrungs- oder Hygiene-Produkte verwendet, kann aber ebenso als Treibstoff für Verbrennungsmotoren dienen – weshalb die Produktionszuwächse wohl erst am Anfang stehen.

Steigen die Ölpreise trotz des jüngsten Preisabfalls auf 60 Dollar pro Barrel weiter, könnte die Palmöl-Produktion für Malaysia und Indonesien der Durchbruch im Export-Geschäft sein und ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern. Das zumindest ist die Annahme beider Regierungen, die erst kürzlich neue Strategien samt finanzieller Hilfsmittel ankündigten: Indonesien plant vier neue Produktionsstätten für Bio-Diesel und will den Erntebestand auf 0,5 Mio. Hektar pro Jahr erhöhen. Der indonesische Forschungsminister sagte dazu, sein Land sei bereit, für dieses Ziel bis zu 1 Mrd. Dollar zu investieren. Zudem versucht die Regierung, mit Hilfe staatseigener Tankstellen und durch Preisbindung den eigentlich teureren Bio-Treibstoff günstiger als konventionellen Treibstoff anzubieten. Sie erhofft sich davon, der Sektor für Bio-Treibstoff könnte – einmal in Gang gekommen und bei weltweit steigender Nachfrage nach Alternativen zum Öl – schon bald auf eigenen Füßen stehen.

Während zahlreiche Führungskräfte in Südostasien das Palmöl bereits als alternative Energieressource feiern, warnen andere vor den sozio-ökonomischen und ökologischen Konsequenzen: Hungersnöte, Tiersterben und andere Umweltzerstörungen könnten Folge eines Ausbaus der Palmöl-Industrie sein. Die Rodung breiter Landstriche für neue Plantagen könnte starke Bodenerosionen verursachen, abgesehen von dem zerstörten Lebensraum seltener und bedrohter Tierarten in der Region. Außerdem müssten traditionelle Anbauflächen für Coca und Kautschuk den neuen Palmöl-Plantagen weichen – mit unabsehbaren Folgen für die Beschäftigten in diesem Sektor. Ob Palmöl also die ökologisch verträgliche Alternative zu herkömmlichen Energieressourcen ist, bleibt vorerst offen. [Mehr...](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter www.global-agenda.org.

GLOBAL AGENDA		
ATLANTIC EVENTS	Wir navigieren Sie durch die strategischen Themen der Weltpolitik	
	GLOBAL MUST READS	
→ INTERNATIONALE POLITIK → Massenvernichtungswaffen und Terrorismus → Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten → Entwicklungspolitik/Kampf gegen Armut → NATO/ESVP → Klimawandel/Umweltschutz → Zukunft der UN/Global Governance	→ GLOBALE WIRTSCHAFT → Energie/Rohstoffe/Wasser → Bildung/Forschung/Technologie → Demographie/Global Aging/Migration → Weltwirtschaft und Handel → Kapitalmarkt/Corporate Governance → Corporate Citizenship/CSR	→ STRATEGISCHE REGIONEN → China → Indien → Russland/Ukraine → Asien → Afrika → Lateinamerika



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Sylke Tempel/Eddie Hartmann/Björn Sacknieß

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.org